

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	5
<b>I. Betriebsaufspaltung im Blickwinkel der Betriebsprüfung</b> .....	15
Schrifttum .....	15
1 Die Bedeutung der Betriebsaufspaltung für die (mittel- ständische) Wirtschaft .....	17
2 Fehlende Rechtsgrundlagen der Betriebsaufspaltung im Steuerrecht .....	19
3 Abgrenzung zu Mitunternehmerschaft, Betriebsverpachtung und Betriebsführungsvertrag .....	20
3.1 Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft .....	20
3.2 Abgrenzung zur Betriebsverpachtung .....	21
3.3 Abgrenzung zum Betriebsführungsvertrag .....	22
4 Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung .....	22
4.1 Personelle Voraussetzungen .....	23
4.2 Sachliche Voraussetzungen (Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen) .....	47
4.3 Nachträgliche Erfassung einer Betriebsaufspaltung .....	58
4.4 Steuerliche Einzelfragen bei der Begründung der Betriebs- aufspaltung .....	60
5 Beendigung der Betriebsaufspaltung .....	71
5.1 Beendigung des Pachtvertrags (Weiterverpachtung an Dritte) .....	71
5.2 Wegfall der personellen oder sachlichen Voraussetzungen .....	74
5.3 Umwandlung der Betriebskapitalgesellschaft auf das Besitz- unternehmen .....	82
5.4 Einbringung des Besitzunternehmens in die Betriebskapi- talgesellschaft .....	83
<b>II. Schätzung in der Betriebsprüfung</b> .....	85
Schrifttum .....	85
1 Voraussetzungen für die Schätzung .....	88
2 Rechtsprechung zur Schätzung .....	90
3 Die Buchführung als Ansatzpunkt für den Betriebsprüfer .....	92
4 Das Grundprinzip des Benford'schen Gesetzes .....	106
5 Der Chi-Quadrat-Test .....	107
6 Folgen der Vernichtung von Unterlagen .....	111
7 Schätzung von Zinseinkünften .....	112
8 Nachkalkulation .....	114
9 Geldverkehrs- und Vermögenszuwachsrechnung (Methoden zur Aufdeckung von Schwarzgeldern) .....	116

10 Zeitreihenvergleich .....	120
11 Äußerer Betriebsvergleich .....	123
12 Schätzungsfehler .....	124
13 Schätzung trotz anhängigen Steuerstrafverfahrens .....	124
<b>III. Rückstellungen in der Praxis der Betriebsprüfung .....</b>	<b>129</b>
Schrifttum .....	129
1 Typen von Rückstellungen .....	136
2 Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten .....	137
2.1 Gründe für die Bildung einer Rückstellung .....	137
2.2 Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen .....	140
2.3 Ungewissheit .....	149
2.4 Betriebliche Veranlassung .....	155
2.5 Wahrscheinlichkeit des Bestehens der Verbindlichkeit und der Inanspruchnahme .....	156
2.6 Wirtschaftliche Belastung (Verursachung) in der Vergangenheit .....	160
2.7 Bewertung von Rückstellungen .....	165
2.8 Die Neuregelung der sog. angeschafften Rückstellungen nach § 4f und § 5 Abs. 7 EStG .....	170
2.9 Auflösung von Rückstellungen .....	172
2.10 Nachholung einer nicht gebildeten Rückstellung .....	172
3 Sonstige Rückstellungen im Überblick .....	173
3.1 Erfolgsabhängige Verpflichtungen (§ 5 Abs. 2a EStG) .....	173
3.2 Rückstellungen wegen Verletzung fremder Schutzrechte (§ 5 Abs. 3 EStG) .....	173
3.3 Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen (§ 5 Abs. 4 EStG) .....	174
3.4 Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 5 Abs. 4a EStG) .....	175
3.5 Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Entsorgungsrückstellungen für radioaktive Reststoffe oder Anlageteile (§ 5 Abs. 4b EStG) .....	179
3.6 Steuerbilanzielle Bildung von Bewertungseinheiten bei Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken (§ 5 Abs. 1a EStG) .....	180
<b>IV. Gewerblicher Grundstückshandel .....</b>	<b>183</b>
Schrifttum .....	183
1 Dauerbrenner-Thema in der Betriebsprüfung .....	184
2 Probleme bei der Abgrenzung der Gewerblichkeit .....	185
3 Die Drei-Objekt-Grenze ist ein wichtiges, aber nicht immer allein entscheidendes Kriterium .....	186

4	Einzelfragen der Abgrenzung zwischen privater Vermögensverwaltung und Gewerbebetrieb	196
4.1	Fünf-Jahres-Zeitraum: geringfügige Überschreitung schadet nicht	196
4.2	Was zu den „Objekten“ i. S. der „Drei-Objekt-Grenze“ zählt	198
4.3	Eine bedingte Veräußerungsabsicht ist schwer zu widerlegen	204
4.4	Branchennähe stützt die bedingte Veräußerungsabsicht	207
4.5	Erbfälle bleiben unberücksichtigt – Ausnahme ist der Erwerb i. R. der vorweggenommenen Erbfolge	209
4.6	Gewerblicher Grundstückshändler ist, wer Erschließungsmaßnahmen in „eigener Regie“ durchführt	209
4.7	Aufteilung in Eigentumswohnungen	210
4.8	Drei-Objekt-Grenze: Keine Abschirmwirkung von Personengesellschaften	211
4.9	Drei-Objekt-Grenze: Eingeschränkte Abschirmwirkung der GmbH	215
5	Beginn des gewerblichen Grundstückshandels; Ermittlung des Veräußerungsgewinns	218
5.1	Zeitpunkt der Fertigstellung als Beginn des gewerblichen Grundstückshandels	218
5.2	Ermittlung des Veräußerungsgewinns	219
6	Unterbrechung und Ende eines gewerblichen Grundstückshandels	221
7	Folgen des gewerblichen Grundstückshandels	223
8	Strategien zur Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels	227
8.1	Strikte Trennung privat gehaltener Immobilien	227
8.2	Durch geschicktes Agieren kann die Drei-Objekt-Grenze angehoben werden	227
8.3	Nutzung der Drei-Objekt-Grenze durch Großobjekte	228
8.4	Vermeidung von „typischen Bauträgertätigkeiten“	229
8.5	Ausländische Grundstücksgesellschaften	229
9	Streitpunkt gewerblicher Grundstückshandel: In der Betriebsprüfung sind gute Argumente gefordert	230
V.	Gesellschafter-Geschäftsführer-Vergütung	231
	Schrifttum	231
1	Wirksamer Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer	233
2	Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	235
2.1	Rechtsprechung des BFH	235
2.2	Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der Angemessenheit	236

2.3	Art und Umfang der Tätigkeit .....	237
2.4	Ertragsaussichten der Gesellschaft .....	241
2.5	Fremdvergleich .....	242
2.6	Zuschläge .....	243
3	Tantieme .....	244
3.1	Bedeutung in der Praxis .....	244
3.2	Wirksame Vereinbarung .....	245
3.3	Angemessenheit der Tantieme .....	247
3.4	Umsatztantieme .....	251
4	Pensionszusage .....	252
<b>VI.</b>	<b>Geschenke und Bewirtungskosten .....</b>	<b>269</b>
	Schrifttum .....	269
1	Erhöhtes Mehrergebnis durch formelle Aufzeichnungspflichten .....	269
2	Geschenke .....	270
2.1	Begriff der Aufwendungen für Geschenke .....	270
2.2	Unentgeltlichkeit der Zuwendung .....	272
2.3	Gegenstand des Geschenks .....	274
2.4	Wertgrenze .....	275
2.5	Empfänger von Geschenken: keine Arbeitnehmer .....	275
2.6	Rechtsfolge .....	276
2.7	Umsatzsteuer .....	277
3	Bewirtungsaufwendungen .....	277
3.1	Abgrenzungen zu den Aufwendungen der Lebensführung .....	279
3.2	Definition des Bewirtungsbegriffs .....	283
3.3	Bewirtung aus geschäftlichem Anlass .....	286
3.4	Nachweis der Höhe und der betrieblichen Veranlassung .....	288
3.5	Verhältnis zwischen Bewirtungsaufwendungen und Geschenken .....	291
4	Aufzeichnungspflichten .....	291
4.1	Allgemeines .....	291
4.2	Anforderungen an die Aufzeichnungen .....	292
4.3	Folgen unrichtiger Verbuchung .....	294
<b>VII.</b>	<b>Liebhaberei im Brennpunkt der Betriebsprüfung .....</b>	<b>297</b>
	Schrifttum .....	297
1	Grundsätze der Liebhaberei .....	299
2	Fehlende Einkünfteerzielungsabsicht .....	303
2.1	Persönliche Gründe der Lebensführung .....	304
2.2	Von Beginn an ausschließlich persönliche Gründe (Wechsel zwischen Einkünfteerzielungsabsicht und persönlichen Gründen) .....	309
2.3	Feststellungslast .....	313
3	Totalgewinn .....	314

4	Einzelfragen .....	322
4.1	Besonderheiten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung .....	322
4.2	Anwendungsfragen bei Personenmehrheiten (Personengesellschaften und vergleichbare Gemeinschaftsverhältnisse) .....	342
5	Körperschaftsteuer .....	347
6	Umsatzsteuer .....	347
<b>VIII. Das Benennungsverlangen der Finanzämter gem. § 160 AO .....</b>		<b>349</b>
Schrifttum .....		349
1	Kein Betriebsausgabenabzug bei unerwünschten Geschäften .....	349
1.1	Bedeutung der Vorschrift für die Stpfl. .....	349
1.2	Benennung des Zahlungsempfängers für den Betriebsausgabenabzug .....	350
1.3	Verhinderung von Steuerausfällen .....	351
1.4	Keine Ermittlungspflicht .....	351
1.5	Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	352
2	Begriff der Schulden und Lasten .....	354
3	Verlangen der Finanzbehörde zur Empfängerbenennung .....	355
3.1	Rechtsnatur des Verlangens .....	355
3.2	Ermessenscharakter des Benennungsverlangens .....	355
3.3	Genaue Bezeichnung des Empfängers .....	360
3.4	Kein Einfluss auf Auskunftsverweigerungsrechte .....	366
4	Rechtsfolgen der Nichterfüllung des Benennungsverlangens .....	367
5	Verfahrensfragen .....	369
<b>IX. Private Nutzung betrieblicher Kfz; Anforderungen an ein Fahrtenbuch .....</b>		<b>373</b>
Schrifttum .....		373
1	Vorbemerkungen .....	375
1.1	Keine einheitliche Betrachtungsweise bei Ertragsteuern und Umsatzsteuer .....	383
1.2	Fahrtenbuchregelung .....	384
1.3	Schätzung des nichtunternehmerischen Nutzungsanteils .....	384
2	Fahrtenbuch mit Kostendeckelung .....	385
3	Gesetzliche Neuregelung .....	385
4	Praktische Auswirkungen (Fallbeispiele) .....	387
5	Anforderungen an ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch .....	389
<b>X. Der Investitionsabzugsbetrag gem. § 7g EStG nach der Unternehmenssteuerreform 2008 .....</b>		<b>399</b>
Schrifttum .....		399
1	Gründe für die Neufassung des § 7g EStG .....	402
2	Grundelemente der neuen Fördersystematik .....	409

3	Förderfähige Betriebe .....	411
3.1	Definition der Betriebsvermögensgrenze .....	411
3.2	Gestaltungsmöglichkeiten .....	415
3.3	Besonderheiten bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft .....	415
3.4	Bestimmung des Investitionszeitraums .....	416
3.5	Erstreckung des Investitionsabzugsbetrags auf Betriebsstätten in der EU .....	417
4	Konkretisierung der Investitionen .....	418
4.1	Dokumentation der Investitionsabsichten .....	418
4.2	Finanzierungszusammenhang betr. Bildung des Investitionsabzugsbetrags und der Investition .....	419
4.3	Probleme bei der nachträglichen Geltendmachung des Investitionsabzugsbetrags .....	421
4.4	Weitere Einzelfragen .....	422
5	Verbleibensvoraussetzungen .....	423
6	Bezeichnung des Wirtschaftsgutes .....	424
6.1	Alte Rechtslage .....	424
6.2	Neue Rechtslage .....	428
7	Berechnung des Höchstbetrages .....	429
8	Besonderheiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern .....	430
9	Entstehen von Verlusten .....	432
10	Auflösung des Investitionsabzugsbetrages .....	432
10.1	Allgemeines .....	432
10.2	Übereinstimmung zwischen den tatsächlichen und prognostizierten Anschaffungskosten .....	433
10.3	Tatsächliche Anschaffungskosten sind höher als die prognostizierten .....	434
10.4	Tatsächliche Anschaffungskosten sind niedriger als die prognostizierten .....	434
10.5	Folgen einer Nichtinvestition .....	435
10.6	Konsequenzen bei Verstoß gegen die Verbleibens- und/oder Nutzungsvoraussetzungen .....	438
11	Verfahrensfragen .....	440
12	Sonderabschreibungen .....	442
13	Anwendung auf Personengesellschaften und Gemeinschaften ....	443
<b>XI.</b>	<b>Spezifische Prüfungsschwerpunkte im Baugewerbe</b> .....	<b>445</b>
	Schrifttum .....	445
1	Branchenspezifische Besonderheiten im Baugewerbe und deren Ursachen .....	445
2	Nachversteuerung von verkürzten Beträgen .....	449
3	Streichung des Betriebsausgabenabzugs wegen fehlender oder unzureichender Empfängerbenennung ....	450
4	Probleme bei der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs .....	454

<b>XII. Steuerchaos Gaststättengewerbe</b> .....	461
Schrifttum .....	461
1 Wirtschaftliches Umfeld der Branche .....	462
2 Ordnungsmäßigkeit der Buchführung .....	463
2.1 Allgemeines .....	463
2.2 Folgen der Schätzung .....	472
3 Umkippen eines Besteuerungsverfahrens in ein Steuer- strafverfahren .....	472
3.1 Strafrechtliche Risiken für Großhändler .....	472
3.2 Spezifische Risiken für involvierte Berater (und Geschäftspartner) .....	472
<b>XIII. Einführung von innerbetrieblichen Kontrollsystemen (Tax Compliance)</b> .....	475
Schrifttum .....	475
1 Einführung in die Problematik (Paradigmenwechsel vom gezielten Steuerschummeler zum perfektionierten Steuer- pflichtigen mit etablierter Selbstkontrolle) .....	476
2 Tax Compliance: Nachhaltige Entwicklung über beraterge- triebenen Hype .....	479
3 Inhaltliche Ausgestaltung von Tax Compliance .....	480
3.1 Tax-Compliance-Organisation .....	480
3.2 Tax-Compliance-Risiken .....	481
3.3 Tax-Compliance-Programm .....	481
3.4 Tax-Compliance-Kommunikation .....	482
3.5 Tax-Compliance-Überwachung und -Verbesserung .....	482
4 Bedeutung von IDW PS 980 und IDW Praxishinweis .....	483
4.1 Kernaussagen .....	484
4.2 Pflicht zur Anwendung .....	485
4.3 Prüfung des Tax CMS .....	485
4.4 Fazit .....	486
5 Zur Rechtsschutzwirkung einer Tax-Compliance- Organisation .....	486
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	489